

TÄTIGKEITSBERICHT 2018

Nationaler Ausländerrat

Einleitung

[Foto]

Treffen zwischen Ministerin Corinne Cahen und den Mitgliedern des CNE: 28. Februar 2018

Im Jahr 2018 hat der Nationale Ausländerrat seine Arbeit wieder aufgenommen.

Der letzte CNE, gegründet am 12. September 2012, hatte sein Mandat im Frühjahr 2017 ohne Folgemandat beendet. Der neue CNE, zu zwei Dritteln bestehend aus neuen Mitgliedern, kam am 23. Januar 2018 zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Am 28. Februar 2018 fand eine Mitgliederversammlung statt. Als erste Maßnahme wurde eine Struktur aus sechs ständigen Ausschüssen und mehreren Ad-hoc-Arbeitsgruppen beschlossen. Letztere sind derart gestaltet, dass sie sich nach Erfüllung ihrer Aufgabe wieder auflösen.

Im Laufe des Jahres 2018 hat der CNE sechs Vollversammlungen abgehalten.

Um seiner Rolle als Beratungsorgan der Regierung bestmöglich gerecht zu werden, hat sich der CNE die folgenden drei Hauptziele gesetzt:

- Förderung von Teamgeist zwischen den 68 ordentlichen und stellvertretenden Mitgliedern,
- Konzentration auf die Wirksamkeit seiner Arbeiten,
- Bekanntmachung des CNE und Generierung eines Wiedererkennungswerts bei den Instanzen, mit denen er kooperieren soll.

So hat der CNE im Jahr 2018 eine Stellungnahme, eine Geschäftsordnung und zwei Vorschläge für die Regierung – gerichtet an das Ministerium für Familie und Integration – erarbeiten können¹. Am 24. November hat der CNE die Vereinigungen getroffen, die am 8. Juli 2017 die 22 Ausländervertreter gewählt hatten.

Auf den folgenden Seiten werden die Themen ausgeführt, zu denen die ständigen Ausschüsse und Ad-hoc-Arbeitsgruppen beraten haben.

Der CNE weist darauf hin, dass er seiner Pflicht zur Erstellung eines Berichts über die Integration Luxemburg gemäß dem Gesetz von 2008 nicht nachkommen kann. Der CNE geht davon aus, dass dies erst möglich sein wird, wenn er mit den in seiner Stellungnahme über die Reform des CNE geforderten Mitteln ausgerüstet wird.

¹ Die besagten Stellungnahmen und Vorschläge sind als Anhang beigefügt.

DER CNE – BEOBACHTUNGSSTELLE FÜR INTEGRATION

Da sie in den meisten Bereichen, die vom Begriff „Integration von Nicht-Luxemburgern“, die im Land wohnen, erfasst sind, impliziert sind, sollen die Mitglieder des CNE die Lebensart und damit die Formen der Integration im Alltag in Luxemburg beobachten.

Die große Mehrheit der Mitglieder des CNE ist in der Tat in den wichtigsten sozialen und wirtschaftlichen Sektoren tätig, in denen sie am Leben einer internationalen Gesellschaft, eines luxemburgischen Unternehmens oder Gewerbes teilhaben. Die Sensibilisierung für die Probleme der Integration, die sie bei der Erfüllung ihrer Aufgabe innerhalb des CNE erworben haben, hat den Mitgliedern ermöglicht, ihre Erfahrungen und Erlebnisse in die von unserem Organ erstellten Unterlagen, Vorschläge und Stellungnahmen einfließen zu lassen.

Der Begriff der Integration eines ausländischen Staatsbürgers zunächst in das soziale und wirtschaftliche Gefüge und später in die Teilnahme am politischen Leben des Aufnahmelandes definiert sich anhand der vom Staat geschaffenen Strukturen zur Förderung einer solchen Eingliederung. Die erste Struktur stellen hierbei die Schule und die vorgesehenen Maßnahmen zur Betreuung von Kindern dar, die mit einer Doppelkultur konfrontiert sind, d. h. derjenigen ihrer Eltern und der im Aufnahmeland.

Der CNE hat einen Ausschuss ins Leben gerufen, um diese Frage zu analysieren. Die entsprechenden Schlussfolgerungen werden in dem von diesem Ausschuss ausgearbeiteten Bericht aufgeführt, der dem vorliegenden Dokument als solcher beigelegt ist. Die fünf anderen Ausschüsse des CNE haben für ihre jeweiligen Aufgabenfelder ebenfalls einen Bericht erstellt.

DIE AUSSCHÜSSE DES NATIONALEN AUSLÄNDERRATES (CNE)

- Ausschuss für Jugend, Bildung und Weiterbildung (*Commission pour les Jeunes, l'Education et la Formation continue* – COM JEFC)
- Ausschuss für Senioren (*Commission pour les Séniors* – COM SENIORS)
- Ausschuss für Flüchtlinge und Antragsteller auf internationalen Schutz (*Commission pour les Réfugiés et les Demandeurs de Protection internationale* – COM REF-DPI)
- Ausschuss für Migranten und Grenzgänger (*Commission pour les Migrants et les Frontaliers* – COM MF)
- Ausschuss für gesellschaftliche Teilnahme und gemeinnützige Vereinigungen (*Commission pour la Participation civique et les Asbl* – COM P&ASBL)
- Ausschuss für die beratenden Gemeindeausschüsse für Integration (*Commission pour les Commissions communales consultatives d'intégration* - COM CCCI)

AD-HOC-ARBEITSGRUPPEN DES NATIONALEN AUSLÄNDERRATES (CNE)

- AG der Juristen des CNE (AG JURE)
- AG für die Kommunikationspolitik des CNE (AG COMM)
- AG für Sprachen in Luxemburg (AG LANGUES)
- AG für Einwohner mit doppelter Staatsangehörigkeit in Luxemburg (AG BINATIO)
- AG für die geografische Herkunft der Mitglieder des CNE (AG GEO)
- AG für die Sammlung und Archivierung der Dokumente des CNE (AG ARCHIVES)

STELLUNGNAHMEN UND VORSCHLÄGE DES NATIONALEN AUSLÄNDERRATES	IN BEARBEITUNG
<ul style="list-style-type: none"> – STELLUNGNAHME ZUM NATIONALEN AKTIONSPLAN 2018 abgegeben am 15.03.2018 (siehe Seite 23) – AUSARBEITUNG der Geschäftsordnung des CNE abgegeben am 26.04.2018 + 19.07.2018 – STELLUNGNAHME zur luxemburgischen Sprache Gesetzentwurf 7231 abgegeben am 27.06.2018 (siehe Seite 35) – VORSCHLAG zum BREXIT abgegeben am 19.12.2018 (siehe Seite 41) 	<ul style="list-style-type: none"> – VORSCHLAG zur Telearbeit – VORSCHLAG in Bezug auf Bürger mit doppelter Staatsangehörigkeit

BERICHTE DER AUSSCHÜSSE

AUSSCHUSS FÜR JUGEND, BILDUNG UND BERUFSAUSBILDUNG

Im Laufe des Jahres 2018 hat sich unser Ausschuss zweimal getroffen. Zum Austausch haben wir eine WhatsApp-Gruppe gegründet.

In Luxemburg besteht ab dem Alter von vier Jahren Schulpflicht. Die Mehrzahl der Neuankömmlinge spricht Französisch oder Portugiesisch. Damit stellt sich vorwiegend das Problem des Unterrichts auf Deutsch, denn die Unterrichtssprache in den Schulen in Luxemburg ist anfangs Deutsch. Bei Kindern, die erst nach dem Grundschulalter nach Luxemburg kommen, stellen sich damit schulische Misserfolge ein.

Besonders diese Kinder haben schlechte Karten, vor allem, wenn ihre Eltern kein Deutsch sprechen, um sie zu unterstützen. Um Abhilfe zu schaffen, melden nicht wenige Eltern ihre Sprösslinge in den Anrainerstaaten Luxemburgs zur Schule an, was ein echtes Integrationsproblem darstellt.

Wir schlagen vor, die Aufnahmeklassen abzuschaffen und eine Zuwendung für luxemburgische Aufnahmefamilien für ausländische Kinder mit schulischen Integrationsschwierigkeiten einzuführen.

Die Gemeinden müssen Neuankömmlinge besser über ihre Rechte, über die Möglichkeiten des Sprachunterrichts und über Informationsstellen (Vereinigungen) informieren. Eine entsprechende Anfrage könnte über die CCCI (beratende Gemeindeausschüsse für Integration) formuliert werden.

Angesichts des sehr hohen Ausländeranteils könnte ein Gemeindebediensteter konkret mit der Funktion Aufnahme und Integration betraut werden, im Rahmen des sozialen Zusammenhalts und des Zugangs zu Verwaltungsdiensten, Bildung, Berufsbildung und Beschäftigung unter fairen Bedingungen.

Den Neuankömmlingen wären „zwingendere“ Pflichten aufzuerlegen.

Könnte nicht der Aufnahme- und Integrationsvertrag verpflichtend werden? Er könnte ein „Erleichterungsfaktor“ für eine schnelle Integration sein: die Pflicht zur Teilnahme an Luxemburgisch- und Deutschkursen, die Pflicht zur Teilnahme an einer Staatsbürgerkurse (Geschichte des Landes, seine Institutionen, aber auch eigene Rechte und Pflichten). Um soziale Ungleichheiten frühestmöglich zu reduzieren, wurden im Bereich der frühkindlichen Bildung erhebliche Anstrengungen unternommen, insbesondere mit der Professionalisierung der non-formalen Bildung. Die ersten transversalen Ergebnisse des nationalen Schulmonitorings bestätigen, dass die Kinder im 2. Zyklus über eine hervorragende Grundlage im Bereich der Kernkompetenzen verfügen.

Allerdings treten wesentliche Kompetenzunterschiede zu Beginn des 3. Zyklus auf, insbesondere im Bereich des schriftlichen Leseverständnisses. Diese stehen in Zusammenhang mit der sozialen Herkunft oder einem Migrationshintergrund.

Im Bereich der Hochschulbildung in Luxemburg zeigen die transversalen Ergebnisse, dass das Angebot an Bildungsgängen sowie die wissenschaftliche Produktivität im Laufe der vergangenen Jahre zugenommen haben, ein Phänomen, das mit der Erweiterung der Universität Luxemburg einhergeht.

Die Investitionen in die Bildung bleiben hoch, auch in dem Wissen, dass Bildung nach wie vor den besten Schutz vor Arbeitslosigkeit bietet.

Die Schule in Luxemburg bietet somit nicht allen Schülern die gleichen Erfolgschancen.

AUSSCHUSS FÜR SENIOREN

Der Ausschuss für Senioren hat vorgeschlagen, Projekte zur Unterstützung alleinstehender alter Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit anzustoßen. Der CNE könnte sich auf den reinen Vorschlag dessen beschränken, aber er möchte verstärkt an der konkreten Ausgestaltung seiner Projekte teilhaben. Nach zahlreichen Diskussionen hat unser Projekt Form angenommen.

Nicht zuletzt haben in diesem Feld tätige Organisationen – ehrenamtliches wie hauptamtliches Personal – Interesse an unserem Projekt bekundet. Es sind unterschiedliche Namensvorschläge dafür im Gespräch, etwa „Le Petit Paradis“ (Kleines Paradies) oder „Lokal International“.

STELLUNG DES CNE IM RAHMEN DER DURCHFÜHRUNG DES PROJEKTES

Der CNE als nationales Beratungsorgan wird im Rahmen der Durchführung des Projekts eine nationale Schirmherrschaft übernehmen. Diese Schirmherrschaft übernimmt der CNE gemeinsam mit der Ehrenamtsagentur (*Agence du Bénévolat*). Die Projektaktivitäten beinhalten alles von der Konzeption bis hin zur konkreten Umsetzung unter Einbindung diverser Partner, darunter ASTI, OLAI, SYVICOL, ADEM und LUCA (Luxembourg Center for Architecture).

BESCHREIBUNG DES PROJEKTS IM AKTUELLEN STADIUM

Der Nationale Ausländerrat schlägt die Einrichtung von einer oder mehreren Stätten für Begegnung und interkulturellen Austausch in den Luxemburger Gemeinden vor, als Aushängeschild für eine neue nationale Strategie zur Förderung des sozialen Zusammenhalts.

Das „Maison des Citoyens“ (Bürgerhaus), auch „Le Petit Paradis“ (Kleines Paradies) oder „Lokal International“ genannt, ist ein Ort des Willkommens, der Begegnung und des Austauschs, der in einzelnen Ortschaften oder Vierteln der Luxemburger Gemeinden eingerichtet wird. Es steht allen Bürgern offen, die dort Folgendes anbieten können:

- Freizeitaktivitäten,
- soziale Initiativen,
- soziale und kulturelle Animationen, - Nachbarschaftsdienste,
- sonstige Arten von Aktivitäten ehrenamtlicher oder freiwilliger Natur für die örtliche Bevölkerung.

Das „Petit Paradis“ spricht ein multikulturelles, generationenübergreifendes Zielpublikum an. Die Bekanntmachung des „Petit Paradis - Lokal International“ bei der Bevölkerung, die Auswahl und Entwicklung der angebotenen Aktivitäten erfolgen unter der Verantwortung und Mitwirkung der Gemeindeverwaltung, ihrer Dienste und verantwortlichen Stellen (Schöffenrat, Gemeinderat und beratende Ausschüsse).

Die Verwaltung des „Petit Paradis - Lokal International“ wird über eine/n interkulturelle/n Koordinator/in sichergestellt, der/die eine Schlüsselrolle bei der Umsetzung der Strategie spielt. Die Aufgaben dieser Person sind untrennbar mit ihrem Arbeitsplatz verbunden.

Als örtlicher interkultureller Koordinator hat sie folgende Aufgaben:

- Verwaltung der Nutzung der Räumlichkeiten,
- Koordination des Veranstaltungsangebots,
- offenes Ohr und Unterstützung für die Besucher und Teilnehmer der Veranstaltungen

- Vermittlung zwischen der Gemeindeverwaltung, ihren Diensten und verantwortlichen Stellen (Schöffenrat, Gemeinderat und beratende Ausschüsse) und den Bürgern/Besuchern des „Petit Paradis“.

Dieses Projekt ist für die Mitglieder des Ausschusses eine echte Lösung für die heutige Zeit und für die Gesellschaft von morgen, insbesondere für eine zentrale Zielgruppe: die isolierten Senioren.

AUSSCHUSS FÜR FLÜCHTLINGE UND ANTRAGSTELLER AUF INTERNATIONALEN SCHUTZ

Die Betreuung von in Luxemburg ankommenden Antragstellern auf internationalen Schutz liegt uns sehr am Herzen.

1. Begleitender Integrationsprozess (*Parcours d'Intégration Accompagné* – PIA)

Mit diesem Prozess sollen die Antragsteller auf internationalen Schutz (DPI) und Personen mit internationalem Schutzstatus (BPI) dabei unterstützt werden, auf eigenen Füßen zu stehen. Die Integration soll im Zentrum der Aufnahme stehen. Es besteht Bedarf an der Ausarbeitung eines kohärenten Konzepts für die Verwaltung und Betreuung der Aufnahmeeinrichtungen und zur Erhöhung der monatlichen Zuwendungen für die DPI.

2. Zweiter Punkt im Rahmen des PIA: Berücksichtigung von Schwächen

Zwar steht das Lernen im Zentrum des PIA, aber es ist auch zu berücksichtigen, dass die Lernfähigkeit schwer traumatisierter Menschen eingeschränkt sein kann und sie infolgedessen möglicherweise nicht in der Lage sind, ihre Fähigkeiten (Gedächtnis, Motivation, Aufmerksamkeit usw.) wie im PIA vorgesehen voll auszuschöpfen.

3. So ist auch eine Flexibilisierung des Zugangs zum Arbeitsmarkt für DPI angezeigt.

Das Verfahren ist langwierig, restriktiv und geht an der Marktrealität vorbei. Das Kompetenzscreening, die Sprachkurse und die Anerkennung von Abschlüssen müssen im Übrigen schneller erfolgen können, wenn die Person fähig ist, in den Arbeitsmarkt einzutreten.

4. Überstellungen und Betreuung der Aufnahmeeinrichtungen.

Ein weiteres Thema ist die Überstellung von Asylbewerbern von einer Aufnahmeeinrichtung in eine andere, die völlig willkürlich ist und ohne rechtzeitige Vorbereitung oder Information erfolgt. Dies ist traumatisierend für die Betroffenen, vor allem für die Kinder, die die Schule wechseln müssen und jedes Mal ihre Bezugspunkte verlieren. Diese Überstellungen durchkreuzen überdies jegliche Integrationsbemühungen der Menschen auf lokaler Ebene.

Schlussendlich wird auch die Arbeit der haupt- und ehrenamtlichen Helfer mit den DPI unmöglich gemacht, die auf Vertrauen beruht und nur langfristig Wirkung zeigt. Die Regierung müsste eine professionelle Begleitung in allen Unterbringungsstrukturen zur Priorität erklären.

5. Abschiebehaft für Minderjährige

Ein Jahr nach der Änderung des Gesetzes über die Dauer der Abschiebehaft für Minderjährige und Familien wird es auch als wichtig erachtet, die Förderung der freiwilligen Rückkehr als Alternative zur Haft weiterzuentwickeln. Derartige Modelle existieren etwa in Belgien.

6. Ebenfalls zu überdenken ist die Notaufnahmestruktur in Kirchberg (*Structure d'Hébergement d'Urgence du Kirchberg* - SHUK) zur vorübergehenden Aufnahme von Dublin-Fällen. Denn häufig wird die SHUK – statt als Alternative zur Abschiebehaft – als Alternative für die Aufnahme verwendet, um in den klassischen Aufnahmeeinrichtungen „Platz zu schaffen“.

7. Die Bilanz der Einwanderungsbehörde des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten beschäftigt uns ebenfalls, vor allem die Situation von Personen, die sich illegal in Luxemburg aufhalten. Man fragt sich, ob das beschleunigte Verfahren der Einwanderungsbehörde für DPI aus sicheren Herkunftsländern nicht eine Flut von illegalen Einwanderern produziert hat. Aufgrund der Tatsache, dass sich diese Menschen in wirtschaftlichen Schwierigkeiten befinden, sind sie zuweilen gezwungen, illegal zu arbeiten

oder gar kriminell tätig zu werden (zum Beispiel Drogenhandel, Prostitution, Menschenhandel, schlecht bezahlte Schwarzarbeit usw.).

Daher sind wir der Ansicht, dass die Regierung dringend eingreifen und eine Lösung finden muss. Wir setzen unsere Arbeit in dieser Frage fort und werden aller Voraussicht nach einen Vorschlag über eine Gesetzesänderung des Gesetzes über illegale Einwanderer vorlegen.

Wir haben uns im Jahr 2018 vier Mal getroffen.

[Foto]

Treffen zwischen Ministerin Corinne Cahen und den Mitgliedern des CNE: 28. Februar 2018

[Foto]

Treffen zwischen dem CNE und dem Vorsitzenden der Abgeordnetenkammer: 24. September 2018

[Foto]

Treffen mit den zur Wahl des CNE berechtigten Vereinen: 24. November 2018

AUSSCHUSS FÜR GESELLSCHAFTLICHE TEILNAHME UND VEREINIGUNGEN FÜR INTERNATIONALEN SCHUTZ

Der Ausschuss hat sich seit Mai 2018 sechs Mal getroffen, um ein wichtiges Ereignis vorzubereiten, das ein voller Erfolg wurde: das erste Treffen der zur Wahl des CNE berechtigten Vereine am Samstag, 24. November 2018.

Im Rahmen dieses Treffens konnten sich die Ausländervereinigungen im Namen ihrer Mitglieder und in ihrem eigenen Namen äußern, zumeist der Vorsitzende oder stellvertretende Vorsitzende (siehe Ergebnis und Analyse der Fragebögen ¹). Der Austausch war fruchtbar, und es wurden zahlreiche Ideen diskutiert. Die Vereinigungen erwarten viel vom CNE als „Katalysator der Integration“, etwa dass er als Stütze bei der ADEM in einer Zusammenarbeit, die es noch zu definieren gilt, zur Förderung des Zugangs der Einwohner zum Arbeitsmarkt einschließlich der Nachschulung von Kompetenzen fungiert.

Der CNE könnte das Bindeglied zwischen den Vereinigungen werden für Problemstellungen wie:

- Anerkennung von Abschlüssen und Bildungsbedarf (luxemburgische Sprache),
- Wohnungssuche,
- Recht für Menschen mit doppelter Staatsangehörigkeit (zum Beispiel chinesische Staatsbürger, die ihre ursprüngliche Staatsangehörigkeit verlieren, wenn sie die luxemburgische annehmen),
- Problem von Frauen, die von außerhalb Europas kommen und keinen Anspruch auf Rückkauf ihrer Rentenbeitragszeiten haben.

Damit bleiben noch wesentliche Probleme, mit denen in Luxemburg lebende Ausländer konfrontiert sind.

In Bezug auf die Funktionsweise des CNE wurde angesprochen, dass er reformiert werden musste und die Stimme der Menschen sein müsse, die sich nicht äußern können, Stellungnahmen abgeben müsse, Position in Bezug auf Gesetze ergreifen müsse und „in den Vorschlägen der ASTI“ über die Art und Weise kommunizieren müsse, wie wir uns unsere Vertretung vorstellen und uns in die parlamentarischen Ausschüsse einladen. Und DER Sprecher für die Ausländer werden.

UNSERE ROLLE HAT PRIORITÄT, denn es gibt keine anderen Organe auf nationaler Ebene. Wir müssen uns also verstärken, unsere Rolle planen, uns beteiligen, mit den Luxemburgern zusammenarbeiten!

Die Problematik entsteht aus unserer „Abhängigkeitsbeziehung“ zum OLAI!

Es bedarf einer eigenen Verwaltung des CNE! Eine wertschätzende Partnerschaft in Bezug auf Luxemburg, die Wahlen anders aufstellen und statt der Legitimierung durch die Vereinigungen mehr Legitimierung durch eine allgemeine Wahl erlangen!

Wir müssten das Heft in die Hand nehmen: Der CNE muss ein Organ des Staates werden, um Stellungnahmen abzugeben, die in gleichberechtigtem Maße Erwägung finden, und in den Ausschüssen der Abgeordnetenkammer vertreten sein.

FAZIT: Es besteht Bedarf an regelmäßigen Zusammenkünften, insbesondere in Bezug auf die Maßnahmen und eine durchdachte Strategie. Außerdem soll der Kontakt zur ausländischen Bevölkerung auf lokaler Ebene ausgebaut werden, indem dieses erste Treffen mit den Gemeinden wiederholt wird, gemeinsam mit dem Ausschuss für die Zusammenarbeit mit den beratenden Gemeindeausschüssen für Integration (CCCI). Es wird eine Umfrage geben, um die Bedürfnisse und Sorgen der Mitglieder der Ausländervereinigungen in Bezug auf ihre Integration unmittelbar besser erfassen zu können.

AUSSCHUSS FÜR DIE ZUSAMMENARBEIT MIT DEN BERATENDEN GEMEINDEAUSSCHÜSSEN FÜR INTEGRATION

Der Ausschuss für die Zusammenarbeit mit den beratenden Gemeindeausschüssen für Integration (CCCI) hat im Laufe des Jahres 2018 zwei Mal getagt. Eine dritte Zusammenkunft musste annulliert werden, bei der es um das Projekt zur Bündelung der Synergien der CCCIs nach geografischen Regionen (Nord, Süd, Ost, West und Mitte) gehen sollte.

Bei diesem Projekt besteht unser Interesse darin, Best Practices zu bündeln und Unterstützung zwischen benachbarten Gemeinden zu organisieren. Das heißt, dass Projekte für und mit benachbarten Gemeinden ausgearbeitet werden könnten, was den großen Gemeinden ermöglichen würde, die kleineren zu unterstützen, und dass die Aktivitäten mehr Sichtbarkeit und auch mehr Teilnehmer hätten.

Wir sind von der Feststellung ausgegangen, dass zuweilen alle am selben Projekt arbeiten, aber die Wirkung reduziert ist, was die Verbreitung der projektbezogenen Interessen und dessen Erfolgswahrscheinlichkeit behindert, sei es mangels Mitteln, Zeit oder mangels Freiwilligen oder Ideen im Laufe der Jahre. Bestimmte Projekte sind äußerst interessant, aber ihr Fortbestand und ihre Realisierung erfordern eine kulturelle Vielfalt, die nicht in jeder Gemeinde vorhanden ist.

Aus diesen Gründen ist unser Ausschuss der Ansicht, dass eine Bündelung des Engagements für alle von Vorteil sein könnte.

Hierzu werden wir im Laufe des Jahres 2019 eine Liste mit erforderlichen Maßnahmen vorlegen, ehe wir regionale Treffen starten, um in Zukunft zu einer Zusammenkunft auf nationaler Ebene zu kommen, bei denen die Vorsitzenden und Mitglieder der landesweit interessierten CCCIs aufeinandertreffen.

Parallel dazu möchte unser Ausschuss an der Art und Weise der Ernennung der Mitglieder der CCCIs arbeiten, da alle aktuellen Mitglieder uns von Erfahrungen und Fragestellungen rund um dieses Verfahren berichten.

Schlussendlich möchte unser Ausschuss den einzelnen beratenden Ausschüssen jeweils einen Besuch abstatten, um den CNE stärker ins Zentrum der Aufmerksamkeit zu rücken und unter den Mitgliedern der CCCIs weitere zukünftige Kandidaten für den CNE zu suchen. Zu diesem Anlass legen wir dem OLAI eine Liste mit Empfehlungen im Hinblick auf den nächsten Kandidatenaufruf für den neuen CNE vor, zum Beispiel die Idee, den Aufruf zur Kandidatur für den CNE über die CCCIs zu verbreiten.

AUSSCHUSS FÜR MIGRANTEN UND GRENZGÄNGER

Erinnerung an die Gründung dieses Ausschusses: Der Ausschuss für „Migranten und Grenzgänger“ umfasst 13 aktive Mitglieder, die im Rahmen der Mitgliederversammlung ernannt wurden, hierin eingeschlossen der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende des CNE), plus 5 externe Experten. Die Mitglieder dieses Ausschusses haben sich erstmals am 21. Mai 2018 getroffen. In der Folge fanden sieben Treffen statt.

DEFINIERT ZIELE:

- Der Ausschuss entscheidet, dass die Sitzungen jeweils am zweiten Dienstag eines Monats um 18:30 Uhr stattfinden.
- Der Ausschuss beschließt die Schaffung zweier Unterausschüsse:
 - Unterausschuss für die Belange von Migranten (behandelt in den geraden Monaten)
 - Unterausschuss für die Belange von Grenzgängern (behandelt in den ungeraden Monaten)

Das jährliche Ziel besteht darin, dass jeder Unterausschuss eine Stellungnahme oder einen Vorschlag abgibt.

Hier ein Überblick über die Stellungnahmen und Vorschläge der beiden Unterausschüsse:

- Brexit: Ausarbeitung einer Empfehlung, die der luxemburgischen Regierung am 20. Dezember 2018 übermittelt wurde. Dieser Vorschlag, der von der Vollversammlung genehmigt wurde, betrifft den Status von britischen Staatsangehörigen nach dem Brexit.
- Telearbeit: Es befindet sich ein Vorschlag zum Thema Telearbeit in der Phase der Finalisierung, der vorwiegend auf die drei Nachbarländer zielt und sich mit der Frage der Anzahl von Tagen befasst, die im Wohnsitzland gearbeitet werden.

NOCH AUSSTEHENDE ARBEITSTHEMEN FÜR DIE BEIDEN UNTERAUSSCHÜSSE

- hochqualifizierte Arbeitnehmer,
- doppelte Staatsangehörigkeit,
- Grenzgänger – Mobilität, Zuwendungen für Patchwork-Familien,
- Aufenthaltsrechte und Arbeitsgenehmigungen für Drittstaatsangehörige.

FAZIT

- Alle Gesetzentwürfe, die dem Ausschuss für Migranten und Grenzgänger vorgelegt werden, werden von diesem geprüft und ausführlich diskutiert, mit dem Ziel der Ausarbeitung eines Dokuments, das der Vollversammlung des Nationalen Ausländerrates vorgelegt wird.
- Im Laufe des Jahres werden u. a. an das Ministerium für die Großregion und an das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und Einwanderung Schreiben gerichtet und Besuche dort geplant.

ARBEITSGRUPPE KOMMUNIKATIONSPOLITIK

ZIELE

Im April 2018 haben wir unsere Arbeit damit aufgenommen, unsere Ziele zu definieren, unter anderem: Erarbeitung der mittel- und langfristigen Kommunikationsstrategie des CNE, Identifikation der erforderlichen Schritte, um mit den diversen Maßnahmen der Kommunikationspolitik beginnen zu können, Schaffung der erforderlichen Infrastruktur zur Nutzung der unterschiedlichen internen und externen Kommunikationsnetze (zum Beispiel: Website, E-Mail-Adressen, Archiv, Facebook) und schließlich Erarbeitung einer grafischen Strategie (zum Beispiel: Logo, Visitenkarte).

ERGEBNISSE IM JAHR 2018 (MAI - DEZEMBER 2018)

1. Entwurf eines Logos für den CNE Arbeit von Denis Ramdedovic (Agentur Emdera), externer Experte. Das Logo wurde dem CNE kostenfrei zur Verfügung gestellt. Abstimmung innerhalb der AG Kommunikation und sodann in der Vollversammlung des CNE am 26. September 2018.
2. Erstellung einer Website für den CNE In Arbeit. Obwohl das Angebot der Agentur Emdera im November 2018 von der AG angenommen worden war, war die AG letztlich aus unerwarteten persönlichen Gründen seitens des Anbieters gezwungen, eine andere Lösung für die Erstellung einer Website für den CNE zu wählen. Wir haben uns dafür entschieden, vorübergehend eine kostenlose Website mittels Wordpress zu erstellen.
3. Erneuerung der Seite des CNE auf der Website des OLAI
Link und Inhalt wurden aktualisiert: http://www.olai.public.lu/fr/relations-nationales/organismes_consultation/conseil-nat-etrangers/index.html
4. Erstellung der Facebook-Seite des CNE Die Facebook-Seite des CNE wurde im Oktober 2018 erstellt. Auf ihr werden Fotos, Artikel und Kurznachrichten über die Arbeit des CNE veröffentlicht. <https://www.facebook.com/cneluxembourg/>
5. Pressekontakt - Pressemeldungen
Wir haben damit begonnen, mit den luxemburgischen Medien zu kommunizieren. Unsere erste Pressemeldung (zum neuen Logo des CNE) erschien Anfang Dezember 2018. Die zweite Pressemeldung bezieht sich auf das Treffen des CNE mit den zur Wahl des CNE berechtigten gemeinnützigen Vereinigungen.
6. Organisation eines Standes und einer Tagung des CNE im Rahmen des Migrationsfestivals 2019
Wir haben mit den Vorbereitungen der Veranstaltung am 1., 2. und 3. März 2019 begonnen.
7. Flyer des CNE
Wir haben einen neuen Flyer für den CNE erstellt, der für das Treffen mit den Vereinigungen am 24. November 2018 fertig war.
8. Treffen mit den Kandidaten der luxemburgischen Parlamentswahlen (13. Oktober 2018)
Am Tag vor den Parlamentswahlen haben wir uns in informeller Runde mit den Kandidaten der verschiedenen politischen Parteien getroffen. Wir haben die Botschaft vermittelt, dass der CNE existiert, aktiv und bereit ist, im Hinblick auf die Reform unserer Institution mit der zukünftigen Regierung zusammenzuarbeiten. https://www.facebook.com/cneluxembourg/posts/274397106541645?__tn__=K-R.

ANHÄNGE

VORLÄUFIGE STELLUNGNAHME NR. 1/2018

ERWÄGUNGSGRÜNDE

Angesichts von Artikel 6 des Gesetzes vom 16. Dezember 2008 über die Aufnahme und Integration von Ausländern im Großherzogtum Luxemburg bezüglich der Erarbeitung des mehrjährigen nationalen Aktionsplans für Integration und Bekämpfung von Diskriminierung durch das Luxemburger Aufnahme- und Integrationsamt,

Angesichts von Artikel 18 des Gesetzes vom 16. Dezember 2008 über die Aufnahme und Integration von Ausländern im Großherzogtum Luxemburg bezüglich der Aufgabe des Nationalen Ausländerrates, die insbesondere darin besteht, sich auf Ersuchen der Regierung mit den Problemstellungen im Zusammenhang mit Ausländern und deren Integration zu befassen,

in Anbetracht von Artikel 35 der Geschäftsordnung des Nationalen Ausländerrates, insbesondere bezüglich einer schnellen Stellungnahme, in der Folge verschiedener Arbeitssitzungen des Ausschusses der Juristen und des Nationalen Aktionsplans des Nationalen Ausländerrates, nimmt der Nationale Ausländerrat („CNE“) nach Konsultation durch das Luxemburger Aufnahme- und Integrationsamt („OLAI“) per einfachem Schreiben vom 30. Januar 2018¹ hiermit wie folgt Stellung zum Projekt des zukünftigen Nationalen Aktionsplans für Integration („PAN“):

VORBEMERKUNGEN ZUM ZEITLICHEN ABLAUF DER KONSULTATIONEN

Der CNE begrüßt die Konsultation und das Ersuchen des OLAI bezüglich der Erarbeitung des neuen PAN.

Der CNE ist sich der Tatsache bewusst, dass:

- der zeitliche Ablauf der Konsultationen zum PAN vor der Bildung des neuen CNE festgelegt wurde;
- das OLAI die Stellungnahme des CNE innerhalb einer extrem kurzen Frist erhalten möchte, um den CNE in die vorläufigen Konsultationen zum PAN einzubinden;

Angesichts der vorgegebenen Fristen hat sich das CNE auf die in Artikel 35 seines Grundlagengesetzes vorgesehene Option berufen und seine Mitglieder im schriftlichen Verfahren ohne Aussprache in der Vollversammlung konsultiert.

ANMERKUNGEN GRUNDLEGENDER ART

1. Die jüngsten Empfehlungen der internationalen Organisationen müssen im neuen PAN vollumfänglich berücksichtigt werden.

Der CNE möchte daran erinnern, dass er ein beratendes Organ ist, das die Aufgabe hat, sich mit den Problemstellungen „im Zusammenhang mit Ausländern und deren Integration zu befassen“².

¹ laut dem das OLAI in Bezug auf den Entwurf für den zukünftigen nationalen Aktionsplan für Integration „die Meinung [des CNE] aus den verschiedenen Gemeinschaften erfahren möchte, die [dieser] vertritt“.

Diesbezüglich sind die Empfehlungen internationaler und europäischer Organisationen, die geeignete Lösungen in Bezug auf Ausländer und deren Integration in Luxemburg enthalten, für den CNE besonders bedeutsame Elemente.

DER CNE MÖCHTE SICHERSTELLEN, DASS DIESE EMPFEHLUNGEN SO WEIT WIE MÖGLICH IM PLAN BERÜCKSICHTIGT WERDEN UND IN DIESEN EINFLIEßEN.

Vor diesem Hintergrund gilt:

- 1.1. Die jüngsten Kommentare und Empfehlungen der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz („ECRI“) zu Luxemburg (28. Februar 2017) müssen analysiert und in den PAN integriert werden.
- Die ECRI wies vor allem auf Folgendes hin: „Auch wenn die luxemburgischen Behörden mehrere Evaluierungsberichte zur Integrationspolitik in Auftrag gegeben haben, wurden bestimmte zentrale Empfehlungen aus diesen Berichten nicht umgesetzt. Ferner wurde weder ein neuer Aktionsplan verabschiedet noch ein Indikatorsystem eingerichtet, um die Wirkung der Integrationspolitik zu überwachen und zu evaluieren.“³;

Diesbezüglich möchte der CNE klarstellen, dass alle Reformen und künftigen Reformprojekte kohärent und kontinuierlich durchgeführt und von realen legislativen Folgemaßnahmen begleitet werden müssen.

- Die ECRI „empfiehlt den luxemburgischen Behörden, schnell einen neuen nationalen Aktionsplan für Integration zu verabschieden und ihn mit geeigneten Finanzmitteln auszustatten. In der Folge sollten die Behörden die Umsetzung aller Zielsetzungen des Plans mittels Durchführung der im Plan festgeschriebenen Maßnahmen gewährleisten.“⁴;

Diesbezüglich bestätigt der CNE in vollem Umfang die Dringlichkeit eines neuen PAN sowie der nachfolgenden Zuweisung entsprechender Finanzmittel.

Der CNE weist insbesondere darauf hin, dass auch dem CNE selbst Ressourcen zur Verfügung gestellt werden müssen, damit dieser seine Aufgabe erfüllen kann.

- 1.2. Die jüngsten Kommentare und Empfehlungen aus der OECD-Erhebung zur Wirtschaft in Luxemburg (veröffentlicht im Juni 2017)⁵ sind zu analysieren und in den PAN aufzunehmen.
- In der Erhebung der OECD wird die wirtschaftliche Lage Luxemburgs in drei Phasen zusammenfassend beschrieben: (1) Das Wirtschaftswachstum ist stark; (2) Eine Verbesserung der Strategien zur Kompetenzförderung ist unerlässlich, um das Wachstum inklusiver zu gestalten; (3) Eine verbesserte Integration von Migranten hätte eine positive Wirkung auf den Wohlstand.

² Im Sinne von Artikel 18 des Gesetzes vom 16. Dezember 2008 über die Aufnahme und Integration von Ausländern im Großherzogtum Luxemburg.

³ Politikbericht zu Migration und Asyl, Europäisches Migrationsnetzwerk, Nationale Kontaktstelle Luxemburg (LU EMN NCP) 2016, S. 10.

⁴ Politikbericht zu Migration und Asyl, Europäisches Migrationsnetzwerk, Nationale Kontaktstelle Luxemburg (LU EMN NCP) 2016, S. 31.

⁵ OECD-Erhebungen zur Wirtschaft – Luxemburg Juni 2017/Zusammenfassung (online).

Es bleibt darauf hinzuweisen, dass einer der drei Punkte zur Wirtschaftslage und volkswirtschaftlichen Analyse des Landes sich ausschließlich mit der Ausländerfrage beschäftigt.

- Die OECD erinnert daran, dass „Luxemburg von den im Land lebenden Ausländern profitiert, da diese ein wichtiges Element für die nationale Wirtschaft sind“ und schlägt notwendige Reformen vor, um „die gesellschaftliche Integration von Einwanderern und ihre Eingliederung in den Arbeitsmarkt zu verbessern“, mittels:
 - ✓ Ausbau des öffentlichen Angebots an Sprachkursen;
 - ✓ Förderung des Zugangs zum öffentlichen Dienst;
 - ✓ Erleichterung des Zugangs zu Kinderbetreuung und günstigere Gestaltung der Besteuerung im Hinblick auf Parität.

In diesem Punkt unterstützt der CNE vollumfänglich die Aufnahme dieser unterschiedlichen Maßnahmen in den neuen PAN.

- 1.3. Eine Reflexion der „Flüchtlingskrise“ muss durchgeführt und in die Umsetzung des PAN integriert werden. Im Sonderbericht des Europäischen Rechnungshofes wird an die Aktualität der Flüchtlingskrise und die Reaktion der Europäischen Union erinnert⁶.

Der CNE möchte die folgenden Anmerkungen machen:

- Er teilt das Lob des Menschenrechtskommissars für die Reaktion der Regierung im Bereich der Aufnahme von Personen, die um internationalen Schutz ersuchen („DPI“), betont jedoch, dass die Fragen der Wohnung, Arbeitslosigkeit und des Schutzes verletzlicher Personen unter den DPI vorrangig sind⁷.
- Im Bewusstsein um die Tatsache, dass diese migrationsbedingten Herausforderungen eine geeignete öffentliche Politik erfordern, möchte der CNE unterstreichen, dass diese Fragen im PAN angemessen behandelt und aufgegriffen werden müssen (darunter Fragen der Projektfinanzierung)⁸.

2. Anmerkungen zum PAN

2.1. Mehrjähriger nationaler Aktionsplan für Integration 2018: Konsultationsdebatte in der Abgeordnetenversammlung

Der CNE hat sich ein Bild vom PAN gemacht, infolge einer Konsultation des im Februar 2018 auf der Website der Abgeordnetenversammlung veröffentlichten Dokuments mit dem Titel „Plan d'action national pluriannuel d'intégration 2018: Débat de consultation à la Chambre des Députés“ (Mehrjähriger nationaler Aktionsplan für Integration 2018: Konsultationsdebatte in der Abgeordnetenversammlung).

Der CNE beglückwünscht den Familienminister zur Erstellung dieses 14-seitigen Dokuments, das einen methodischen Entwurf zum PAN umfasst. Nach Lektüre dieses Dokuments bleibt jedoch der zentrale

⁶ Zur „Reaktion der EU auf die Flüchtlingskrise“ (2017), „Reaktion der EU auf die Flüchtlingskrise: das ‚Hotspot-Konzept‘“, Sonderbericht des Europäischen Rechnungshofes Nr. 06 2017.

⁷ Die luxemburgischen Behörden sind aufgefordert, ihre Anstrengungen zur Integration von Asylsuchenden und Migranten fortzusetzen“, Revue de Presse des Europarates, 22.09.2017, S. 1.

⁸ Der CNE möchte daran erinnern, dass der institutionelle und finanzielle Rahmen in Luxemburg einen Beitrag leisten könnte [insbesondere die öffentlichen Finanzinstitutionen wie die BEI und FEI (die über Entwicklungsexperten verfügen) und die privaten Finanzinstitute (die über Finanzexperten verfügen)], um konkrete Vorschläge zu zusätzlicher/alternativer Finanzierung der Integrationspolitik für Ausländer zu formulieren (europäische Fonds, Nutzung von Islamic Banking/sozialverantwortlicher Finanzierung usw.).

Eindruck, dass Themen angesprochen werden, ohne eindeutige Lösungen vorzustellen, um die zahlreichen wichtigen Probleme zu beheben.

Der CNE möchte betonen, dass die Mehrheit der Ausländer in Luxemburg keine DPI sind und eigene spezifische Bedürfnisse haben. Es stellt sich die Frage, ob Ausländer, zumindest aus Europa, sich wirklich integrieren müssen, oder ob man nicht vielmehr von einer sozialen Kohäsion zwischen allen Einwohnern des Landes sprechen sollte. Integration betrifft somit vornehmlich DPI.

DER CNE MÖCHTE, DASS DIE FOLGENDEN PROBLEMFELDER UNTERSUCHT UND ECHTE POLITISCHE ANTWORTEN ANGEBOTEN WERDEN:

- (i) Wohnraum – besonders schwieriger Zugang für Ausländer⁹
- (ii) Bildung – adäquate Unterstützung und Freiheit des Grundschul- und Sekundarschulunterrichts
- (iii) Familienpolitik – insbesondere angesichts der aktuellen Reformen der Regierung mit negativen Auswirkungen auf kinderreiche Familien
- (iv) Der CNE ist besonders sensibel im Hinblick auf die Situation der DPI¹⁰,
- (v) Sprachenpolitik der Regierung und Wichtigkeit des Gebrauchs der französischen und englischen Sprache
- (vi) politische Vertretung insbesondere auf nationaler Ebene

2.2 Beantwortung des Fragebogens des OLAI mit dem Titel „Questions d’orientations pour l’élaboration de l’avis du CNE“ (Orientierungsfragen für die Ausarbeitung der Stellungnahme des CNE)

2.2.1. Frage 1 (Bereich der Aufnahme von Antragstellern auf internationalen Schutz):

Der CNE möchte betonen, dass Luxemburg unter den Mitgliedstaaten der Europäischen Union in Bezug auf die Aufnahme von DPI zu den Musterschülern zählt.

Der CNE möchte konkret festhalten, dass der Zugang zu einer angemessenen Wohnung das Hauptproblem für Personen bleibt, die internationalen Schutzstatus erlangt haben.

Die wichtigsten auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene vorzusehenden Maßnahmen zur Verbesserung der Aufnahme- und Betreuungsbedingungen der DPI bestehen im Bau von mehr Wohnungen, um den Antragstellern auf internationalen Schutz und Personen mit internationalem Schutzstatus zu ermöglichen, ihre Aufnahmeeinrichtungen zu verlassen und unter für das eigene Wohlbefinden und die persönliche Entwicklung angemesseneren Bedingungen zu leben.

Es herrscht ein ernstzunehmender Mangel an Sozialwohnungen in Luxemburg, wobei die Gemeinden sogar Subventionen ablehnen, die ihnen ermöglichen würden, mehr zu bauen. Den

⁹ Zur Wohnungsfrage und zur Wichtigkeit einer Antwort der Politik siehe „Country Report Luxembourg 2018“, Arbeitspapier von Mitarbeitern der Kommission (COM (2018) 120 final), 7. März 2018, S.2: „House prices have kept on rising. This may undermine Luxembourg's ability to attract and retain a skilled labour force, a large share of which is made up of non-nationals.“ Laut einem Mitglied des CNE würde eine Steuerreform für Mieteinnahmen den Zugang zu zahlreichen Mietwohnungen eröffnen, die dann vermietet würden anstatt sie leer stehen zu lassen, um den Marktpreis künstlich in die Höhe zu treiben.

¹⁰ Und fordert, dass diverse Fragestellungen in dieser Hinsicht aufgeworfen werden: (i) die Frage der Wirksamkeit der Rechtsmittel für Asylbewerber (ii) die Notwendigkeit, die DPI und Arbeitsmigranten von außerhalb der Europäischen Union (insbesondere aus den Balkanstaaten) in den Blick zu nehmen, die nach Luxemburg kommen, um zu arbeiten, und wie man diese zweite Art von Migranten wirksamer ansprechen kann.

Gemeinden dürfte nicht mehr freie Hand bei der Entscheidung gelassen werden, ob der Bau von Sozialwohnungen erforderlich ist oder nicht¹¹.

Der PAN sieht insbesondere die „Weiterentwicklung und Reorganisation der Unterbringungsstrukturen¹²“ vor, was unzureichend ist, da die Förderung des Baus von Sozialwohnungen damit nicht vorgesehen ist.

Angesichts der vorstehenden Anmerkungen könnte man sogar sagen, dass der Minister für Wohnungsbau auch als „Integrationsminister“ betrachtet werden kann.

Die Frage nach der Anerkennung von Abschlüssen bei den DPI wurde thematisiert und hervorgehoben.

Denn Tatsache ist, dass Abschlüsse bei bestimmten DPI (stets in Anlehnung an die jeweils aktuellen migrationspolitischen Prioritäten) mit Leichtigkeit anerkannt werden, bei anderen hingegen nicht. Es wäre angemessen, sich mit dieser Frage zu befassen und sich etwa an der Politik zu orientieren, die in dieser Hinsicht von anderen Mitgliedstaaten (wie Deutschland) umgesetzt wurde.

Der CNE möchte im Übrigen die Existenz des begleitenden Integrationsprozesses (Parcours d'Intégration Accompagné – „PIA“) hervorheben, der zum Ziel hat, die Integration der DPI in die Gesellschaft und in den Arbeitsmarkt zu begünstigen.

2.2.2. Frage 2 (drei Hauptziele im Bereich der Integration):

Vorbemerkung

Die große Mehrheit der im Großherzogtum Luxemburg lebenden Nicht-Luxemburger sind europäische Staatsbürger (85,3%, Daten CEFIS, 01.01.2016) mit dem gleichen Status wie die Luxemburger gemäß den anwendbaren Bestimmungen des Vertrages über die Europäische Union und des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union.

Die Formulierung „Teilnahme von Nicht-Luxemburgern“ an der „Gesellschaft“ mutet zumindest seltsam an, da sich nicht von der Hand weisen lässt, dass die EU-Bürger und Drittstaatsangehörigen unbestreitbar an der Gesellschaft teilhaben, allein schon aufgrund ihrer Berufstätigkeit und ihrer kulturellen, sportlichen und vereinsbezogenen Aktivitäten.

Ziel 1: Die Förderung der französischen und englischen Sprache als Integrationssprache (oder eine realistische Integrationspolitik)

Der CNE möchte in Erinnerung rufen, dass die Lingua franca der im Großherzogtum arbeitenden und lebenden Ausländer die französische Sprache ist, zu der sich die englische gesellt (aufgrund der Bedeutung des Finanzsektors und der Präsenz der europäischen Institutionen). Dieser Punkt ist angesichts der systematischen Förderung der luxemburgischen Sprache durch den Gesetzgeber und die Politik von Bedeutung (siehe insbesondere Gesetzentwurf 7231 zur Förderung der luxemburgischen Sprache vom 6. Februar 2018). Der CNE erkennt an, dass diese Sprachpolitik durchaus legitim ist und maßt sich keinesfalls ein Urteil über deren Angemessenheit an.

¹¹ Im Hinblick auf die Unterbringung und allgemeiner die Aufnahme von DPI betont ein Mitglied des CNE das staatliche Interesse an einer Sensibilisierung der bereits ansässigen örtlichen Bevölkerung und an der Begleitung der Gemeindeverwaltungen (damit diese im Falle von Gegenwind aus der örtlichen Bevölkerung nicht allein da stehen).

¹² Siehe PAN, S. 6

Der nationale Aktionsplan legt den Schwerpunkt ebenfalls auf die Förderung der luxemburgischen Sprache („Förderung der luxemburgischen Sprache als Integrationsfaktor“¹³). Der CNE ist der Ansicht, dass ein verbreiteter Gebrauch der französischen und englischen Sprache die richtige Richtung wäre, wenn man wirklich von einer „Erleichterung der Teilnahme von Nicht-Luxemburgern an der Gesellschaft“ sprechen will¹⁴.

Die Sprachen müssen eine Integrationsgröße sein und kein Diskriminierungsfaktor. So könnte etwa in Stellenangeboten die Anforderung des Erlernens der luxemburgischen Sprache formuliert werden anstelle der Notwendigkeit, sie bereits zu beherrschen.

Ebenso möchte der CNE den Stellenwert des Französischen in Bezug auf die parlamentarische Arbeit und die Abfassung von Gesetzen betonen, um sicherzustellen, dass diese für alle zugänglich sind (die parlamentarischen Debatten sind es nicht mehr). Beispielsweise sind parlamentarische Anfragen (wertvolle Informationsquellen im Großherzogtum) zunehmend in luxemburgischer Sprache abgefasst (und nicht mehr nur seitens der Minderheitenparteien) – ohne Übersetzung ins Französische –, sodass eine Reihe von Antworten seitens der Regierung, die in luxemburgischer Sprache abgefasst sind, nicht allgemein zugänglich sind. Gleiches gilt für parlamentarische Debatten, die nicht länger in wenigstens eine der anderen offiziellen Sprachen übersetzt werden (weder mündlich noch schriftlich).

Ziel 2: Förderung des Zugangs zum öffentlichen Dienst

Wie nachfolgend beschrieben (siehe Position der OECD), müsste/könnte die „Förderung des Zugangs zum öffentlichen Dienst“ für Ausländer in Luxemburg eine Priorität sein.

Ferner ist die Anforderung der Beherrschung der luxemburgischen Sprache zum Bestehen des Auswahlverfahrens für den öffentlichen Dienst mit nur wenigen Ausnahmen noch immer die Regel. Um den Zugang zum Staatsdienst zu erleichtern, schlägt der CNE vor, die Anforderung des Beherrschens der luxemburgischen Sprache für die Mehrzahl der Stellenausschreibungen/Auswahlverfahren bis auf wenige, begründete Ausnahmen fallen zu lassen.

Die Öffnung bestimmter Berufszweige ist für eine gute Integration der in Luxemburg lebenden Ausländer wesentlich, etwa im Bildungswesen (Grundschul- und Sekundarschullehrer¹⁵), vor allem aber im Bereich der bürgernahen Polizeiarbeit (wie dies bereits in einigen europäischen Hauptstädten der Fall ist).

Ziel 3: Wahlrecht

Kommunal- und Europawahlen

Der PAN beinhaltet das Ziel der „Steigerung der politischen Beteiligung von nicht-luxemburgischen Einwohnern“. Der CNE tritt ebenfalls für dieses Ziel ein. Der CNE schlägt vor, die Möglichkeit zur Teilnahme an den Kommunalwahlen ohne Wohnfrist für alle in Luxemburg wohnhaften EU-Bürger

¹⁴ Wortlaut der vom OLAI gestellten Frage.

¹³ Siehe PAN, S. 10

¹⁵ In dieser Hinsicht unterstreicht ein Mitglied des CNE den Bedarf an mehr Lehrpersonal für die Naturwissenschaften und Mathematik im Sekundarbereich (es gibt zu viele Vertretungslehrer und einen offenkundigen Mangel an Lehrern in den naturwissenschaftlichen Fächern im Sekundarbereich), der mittels Erleichterung der Einstellung von nicht-luxemburgischen Lehrern gedeckt werden könnte, die Französisch oder Englisch beherrschen.

zu öffnen, wie es auch in anderen europäischen Ländern der Fall ist (etwa in Belgien). Die derzeit geltende Wohnfrist von fünf Jahren könnte einzig für Drittstaatsangehörige beibehalten werden (wie es auch in Belgien der Fall ist).

Ebenso gilt es auch die Teilnahme von Nicht-Luxemburgern in den Gemeindeausschüssen – nicht nur in den CCCI (beratende Gemeindeausschüsse für Integration) – zu fördern. Dies setzt voraus, dass der Gebrauch einer anderen Sprache als dem Luxemburgischen nicht negativ aufgefasst wird.

Politische Inklusion auf nationaler Ebene

Der CNE möchte darauf hinweisen, dass die Integration von Nicht-Luxemburgern in das politische Geschehen auf einer weiter gefassten Grundlage betrachtet werden sollte, indem man sich in Erinnerung ruft, dass Luxemburg eine repräsentative Demokratie in Form einer konstitutionellen Monarchie ist. Wesentlich unter diesem Gesichtspunkt ist, dass die Mitglieder der Abgeordnetenversammlung sich stets vor Augen führen, dass sie von der Hälfte der im Großherzogtum lebenden Bevölkerung gewählt werden, jedoch auch die Probleme und Wünsche der nicht stimmberechtigten Hälfte der Bevölkerung berücksichtigen müssen.

Perspektiven eröffnen ...

Die Gründung des CNE ist ein Versuch, die Frage der Beteiligung von Nicht-Luxemburgern an der Ausarbeitung der Politik auf nationaler Ebene zu beantworten. Diesen Versuch gilt es zu begrüßen.

Der Gesetzgeber muss darüber nachdenken, Mechanismen der demokratischen Vertretung der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen zu finden, die in Luxemburg leben und arbeiten, um Bestand und Legitimität des politischen Systems in Luxemburg zu gewährleisten.

2.2.3. Frage 3 (welche wichtigsten Maßnahmen):

Wir fassen Frage 3 als zugehörig zu Frage 2 auf.

Im Hinblick darauf haben wir folgende zusätzliche Anmerkungen:

Luxemburg kann ohne Mehrsprachigkeit nicht funktionieren.

Der CNE empfiehlt, bevorzugt Situationen (Gemeindefeste, politische Debatten usw.) zu schaffen, in denen neben einer verwendeten offiziellen Sprache noch eine Verdolmetschung angeboten wird.

Der Ansatz der europäischen Institutionen kann in dieser Hinsicht als Inspirationsquelle dienen (Gegenwart von Dolmetschern bei mehrsprachigen Austauschsituationen). Eine professionelle Verdolmetschung muss zur Regel werden, nicht etwa der bloße Einsatz von Ehrenamtlichen.

Eine andere Lösung besteht in der bevorzugten Nutzung derjenigen Sprachen im öffentlichen Raum, die von einer größeren Zahl von Menschen verstanden werden.

2.2.4. Frage 4 (die verschiedenen Instrumente und Maßnahmen):

In Bezug auf die verschiedenen Instrumente werden Kommentare des CNE vorgebracht:

CAI: Der Aufnahme- und Integrationsvertrag (CAI) ist als Instrument durchweg akzeptiert (5.000 Teilnehmer). Vorschlag: Verlängerung der Staatsbürgerkurse von sechs auf zehn Stunden.

PCI: Der kommunale Integrationsplan (PCI) auf lokaler Ebene ist schwer umzusetzen, wenn Gemeinden nicht über die Mittel verfügen, um wenigstens eine Teilzeitstelle für dessen Ausarbeitung und Umsetzung vorzuhalten. Ist das der Fall, trägt er jedoch Früchte, selbst wenn die Kommunikation nur die beteiligten Personen anspricht und nur geringe Teile der übrigen Bevölkerung... An diesem Aspekt könnte am ehesten etwas verbessert werden (zum Beispiel durch Nutzung von Roll-up in den Rathäusern und bei Gemeindeveranstaltungen usw.).

Der CNE wünscht sich die Möglichkeit einer Auswertung.

CCCI: Sehr gute Initiative, die in vielen Gemeinden gut funktioniert. Der CNE schlägt vor, dass mehrere Gemeinden immer für ein Projekt kooperieren, um für eine breitere Bekanntheit bei den Bürgern zu sorgen.

PIA: Der begleitete Integrationsprozess (PIA) ist essenziell und würde es verdienen, von allen Akteuren und insbesondere auf lokaler Ebene befolgt zu werden. Der CNE würde sich Folgendes für diese Initiative wünschen:

- mehr Kohärenz,
- verstärkte Zusammenarbeit mit den öffentlichen Akteuren,
- Einbeziehung der Vereinigungen.

Anmerkungen in Bezug auf den CCCI:

Austausch zwischen den beratenden Gemeindeausschüssen für Integration (CCCI) benachbarter Gemeinden ermöglichen, um gemeinsame Maßnahmen und Austausch zu schaff, dies mit Hilfe und Unterstützung des Staates (OLAI).

Schulung und Sensibilisierung der Gemeindemitarbeiter in den Bürgerbüros für den Empfang von Neuankömmlingen.

Dafür Sorge tragen, dass die öffentlichen Akteure die Gemeinden dazu anregen, die Bürgerbüros regelmäßig in Partnerschaft mit den Mitgliedern der CCCI ihres Gemeindegebiets arbeiten zu lassen, insbesondere, wenn sich neue Bewohner in der Gemeinde oder im Viertel niederlassen.

2.2.5. Frage 5 (Zugang zu Information und interkulturellem Dialog):

Innerhalb des CNE wurde die Einrichtung eines Ausschusses für die Koordination zwischen den Vereinigungen vorgeschlagen:

für eine verbesserte Strukturierung und Kohärenz der Informationen über Aufnahme und Integration;

für die Verbesserung der bestehenden Instrumente wie beispielsweise Guichet.lu (Einfügen von Bildinhalten und Organigrammen anstelle von Texten).

2.2.6. Frage 6 (Bereich der Qualität der Dienste):

Der CNE möchte daran erinnern, dass in einer sehr kurzen Zeitspanne wichtige Anstrengungen unternommen worden sind. Die Sicherstellung einer adäquaten Schulung der Aufnahmemitarbeiter in den Gemeinden hat Priorität.

Eine Verbesserung des LOD-Wörterbuchs ließe sich leicht realisieren, indem man erlaubt, kopierte Wörter einzufügen, deren Übersetzung man sucht. Dies ist augenblicklich unmöglich, sodass man gezwungen ist, die Wörter nacheinander einzugeben. Für die Zukunft wäre eine Übersetzung vollständiger Sätze ein hervorragendes Tool zum Lernen.

Eine Bewertung der diesbezüglichen aktuell verankerten Politik wäre wünschenswert.

2.2.7. Frage 7 (Bereich der Zusammenarbeit und Koordination):

Der CNE möchte, dass Maßnahmen wie beispielsweise Präsentationsgrundlagen für Best Practices zwischen den Gemeinden erarbeitet werden, in Anwesenheit der Verantwortlichen und Instanzen auf nationaler Ebene.

Um zur Entwicklung von Best Practices anzuregen, könnten zusätzliche Mittel für die besten Teilnehmer gewährt werden.

Die Zentralisierung der Bemühungen zwischen den Gemeinden und Gemeinschaften (Süd, Nord, Mitte) wäre eine lohnenswerte Stütze im Hinblick auf die Steigerung der Effizienz des Migrationsfestivals um ein Vielfaches.

FAZIT:

Wir möchten zwei Aspekte betonen:

- Die diversen Ausschüsse des CNE werden sich in die zahlreichen, im Rahmen dieser vorläufigen Stellungnahme aufgeworfenen Fragestellungen einbringen.
- Die Vereine sollten mehr in den PAN einbezogen und als vollwertige Gesprächspartner angesehen werden.

Transversale Problematik

DER CNE MÖCHTE IN ALLE FRAGESTELLUNGEN RUND UM FAMILIENANGELEGENHEITEN UND DIE STELLUNG DER FRAU IN LUXEMBURG EINBEZOGEN WERDEN

Dazu zählen insbesondere:

- 1) die Bedeutung von Fragen der Lohngleichheit und des Zugangs zu Führungspositionen;
- 2) Familienpolitik: Kindergeld, Elternurlaub, Erziehungsurlaub (mit negativen Auswirkungen auf die Kaufkraft vor allem bei kinderreichen Familien);
- 3) der hohe Anteil nicht erwerbstätiger Frauen in Luxemburg (teils gezwungenermaßen, teils freiwillig).

STELLUNGNAHME DES NATIONALEN AUSLÄNDERRATES

ANGESICHTS von Artikel 18 des geänderten Gesetzes vom 16. Dezember 2008 über die Aufnahme und Integration von Ausländern in Luxemburg (im Folgenden das „Gesetz“), in dem festgelegt ist, dass der Nationale Ausländerrat „ein Beratungsorgan ist, welchem die Aufgabe obliegt, sich auf eigene Initiative oder auf Ersuchen der Regierung mit den Problemstellungen im Zusammenhang mit Ausländern und deren Integration zu befassen“,

IN ANBETRACHT VON Gesetzentwurf 7231 über die Förderung der luxemburgischen Sprache, vorgelegt vom Minister für Bildung, Kinder und Jugend mittels großherzoglichen Erlasses zur Einbringung eines Gesetzentwurfs vom 6. Dezember 2017 (im Folgenden der „Entwurf“), sowie der unterschiedlichen Stellungnahmen zu dem Entwurf seitens der Universität Luxemburg, des Rates *Fir d'Lëtzebuenger Sprooch*, der Handwerkskammer, der Handelskammer, der Kammer der Staatsbeamten und -angestellten und des Staatsrates (die „Stellungnahmen“),

beschließt der Nationale Ausländerrat (CNE) HIERMIT – auf eigene Initiative – eine Stellungnahme zu dem Entwurf zu übermitteln, da alle Fragen in Bezug auf die Sprachenregelung im Großherzogtum Luxemburg von besonderem Interesse für die Ausländer sind, die in Luxemburg leben und/oder arbeiten. Infolgedessen formuliert der CNE hiermit die folgenden Anmerkungen zu dem Entwurf:

1. EINLEITENDE ANMERKUNGEN IN BEZUG AUF DEN ENTWURF (Form und gesetzliche Grundlage)

- Die Abfassung der Erwägungsgründe in luxemburgischer Sprache (von Seite 3 bis Seite 29) und die Kurzübersetzung in französischer Sprache (von Seite 29 bis Seite 34) machen es nicht der Gesamtheit der Bevölkerung möglich, die Erwägungsgründe des Entwurfs vollständig zu erfassen. Im Hinblick darauf fordert der CNE eine vollständige Übersetzung in die französische Sprache, damit die Möglichkeit besteht, alle Implikationen des Entwurfs zu verstehen (die Stellungnahme der Handwerkskammer präzisiert den Stellenwert der französischen Sprache für die Mehrheit der Ausländer). Diese Anmerkung gilt auch für die Stellungnahmen in Bezug auf den Entwurf der Universität Luxemburg und des Rates *Fir d'Lëtzebuenger Sprooch*, die ebenfalls in luxemburgischer Sprache abgefasst und nicht ins Französische übersetzt worden sind. Im Hinblick darauf und wie bereits in der vorläufigen Stellungnahme Nr. 1/2018 erwähnt, „möchte der Nationale Ausländerrat den Stellenwert des Französischen in der parlamentarischen Arbeit und bei der Abfassung von Gesetzen betonen, damit diese für alle zugänglich sind (die parlamentarischen Debatten sind es nicht mehr)“.¹
- Der CNE zeigt sich erstaunt über Umfang und Länge der Erwägungsgründe (von Seite 3 bis Seite 37) bei einem Gesetz mit vier Seiten Umfang:
- In Bezug auf das erste Kapitel des Entwurfs über die „Ziele und Umsetzung der Politik über die luxemburgische Sprache“: Der CNE stellt sich die Frage, inwieweit ein Gesetz (und nicht eine Verordnung) notwendig ist, während die Verfassung in Artikel 29 lediglich Folgendes vorsieht: „Das Gesetz wird den Gebrauch der Sprachen in der Verwaltung und in der Justiz regeln“. Der CNE nimmt die Kommentare des Staatsrates zur Kenntnis, der vorschlägt, Artikel 1 Unterabsatz 1 zu streichen. Im Hinblick auf bestimmte

¹ Vorläufige Stellungnahme Nr. 1/2018 des Nationalen Ausländerrates zum Entwurf für den zukünftigen nationalen Aktionsplan für Integration, 2018, Seite 7.

Punkte in Kapitel 2 „Organisation und Aufgaben der verschiedenen Organe in der Politik über die luxemburgische Sprache“: In Bezug auf Abschnitt 1 versteht der CNE, dass ein Gesetzestext insbesondere aufgrund von Artikel 35 der Verfassung vorgesehen ist, der lautet: „Kein vom Staat besoldetes Amt kann anders als kraft einer gesetzlichen Bestimmung geschaffen werden.“ Im Hinblick auf Abschnitt 2 unterstützt der CNE den Staatsrat mit der Präzisierung „dass nach dem Wortlaut des Artikels 76 der Verfassung der [...] Großherzog die Organisation seiner Regierung regelt“.

2. ANMERKUNGEN ZU BESTIMMTEN ARTIKELN DES ENTWURFS

- In Bezug auf Artikel 1::

Der CNE befürwortet die gezielte Politik der Regierung zur Förderung der luxemburgischen Sprache wie in den vier Punkten aus Artikel 1 des Entwurfs beschrieben: (1) Bedeutung der Sprache; (2) Studium der Sprache; (3) Erlernen der Sprache und der Kultur; (4) Förderung der Kultur in luxemburgischer Sprache.

In Bezug auf den Aktionsplan für die luxemburgische Sprache (der „Plan“), der im folgenden Absatz von Artikel 1 genannt wird, ist sich der CNE bewusst, dass dieser Plan zu Teilen in den Erwägungsgründen ausgeführt wird (Französische Fassung: Une stratégie pour promouvoir la langue luxembourgeoise [Eine Strategie zur Förderung der luxemburgischen Sprache]):

- Der CNE ist sich der Tatsache bewusst, dass der Plan gemeinsam mit allen gesellschaftlichen Akteuren ausgearbeitet wird.
- Die Abschnitte in Bezug auf (i) die Normung, die Benutzung und das Studium der luxemburgischen Sprache sowie (ii) die Förderung des Erlernens der luxemburgischen Sprache und Kultur sind von gewissem Interesse für im Großherzogtum lebende und/oder arbeitende Ausländer. Der CNE wünscht, vollständig in die Erarbeitung des Plans einbezogen zu werden, soweit diese beiden Kapitel betroffen sind, insbesondere in Bezug auf die Maßnahmen für die frühkindliche Bildung, die Grundschule, die Pflichtfächer in den internationalen Schulen, die Maßnahmen im Gymnasium und für Erwachsene.
- Im Hinblick auf die Erwachsenen nimmt der CNE Bezug auf seine vorläufige Stellungnahme Nr. 1/2018² und befürwortet die Maßnahmen, deren Umsetzung für die Realisierung des Angebots von Luxemburgischkursen geplant war, die speziellen Angebote für DPI und BPI, Sprachurlaub und den Aufnahme- und Integrationsvertrag. Alle diese Maßnahmen begünstigen die Integration von Ausländern und ermöglichen ihnen ein besseres Erlernen der luxemburgischen Sprache.
- Hingegen denkt der CNE darüber nach, welche Maßnahmen zur Förderung der Mehrsprachigkeit getroffen werden können. Um Kohärenz zwischen den Erwägungsgründen (französische Fassung: Une stratégie pour promouvoir la langue luxembourgeoise [Eine Strategie zur Förderung der luxemburgischen Sprache]) und dem Wortlaut des Entwurfs herzustellen, befürwortet der CNE folglich, dass ein Bezug zur Mehrsprachigkeit in Artikel 1 des Entwurfs aufgenommen wird.
- Ebenso ist sich der CNE unter Bezug auf seine vorläufige Stellungnahme Nr. 1/2018³ der Tatsache bewusst, dass die Integrationssprache in Luxemburg, die die Kommunikation zwischen den Ausländern untereinander/zwischen Ausländern und Luxemburgern ermöglicht, die französische

² Vorläufige Stellungnahme Nr. 1/2018, 2018

Sprache ist und bleibt (die Stellungnahme der Handwerkskammer über den Entwurf weist diesbezüglich darauf hin, dass der Zug zur Umsetzung des Luxemburgischen als Integrationssprache bereits seit langem abgefahren ist), und dass die gute Beherrschung der englischen Sprache sowohl in der Arbeitswelt als auch im Sekundar- und Hochschulbereich Priorität hat.

In Bezug auf Artikel 3:

Der CNE möchte die Bedeutung des Einholens von Stellungnahmen der gesellschaftlichen Akteure im Rahmen der Erarbeitung des Plans betonen und darauf hinwirken, dass dieser Punkt explizit in Artikel 3 aufgenommen wird.

Der CNE schließt sich den Bemerkungen der Handelskammer in Bezug auf die Aufgaben des Kommissars für die luxemburgische Sprache an, dessen Funktionen nicht klar geregelt sind und die im Übrigen dem Leiter des Zentrums für die luxemburgische Sprache übertragen werden könnten.

In Bezug auf Artikel 9 -10:

Der CNE hat keinen inhaltlichen Kommentar in Bezug auf das Zentrum für die luxemburgische Sprache.

Der CNE schließt sich den Anmerkungen der Handelskammer in Bezug auf die entstehenden Sachkosten an. Ebenso unterstreicht er die zusätzliche Kosten, die entstehen, wenn die Internetseiten der Verwaltung in die luxemburgische Sprache übersetzt werden (wie im Plan vorgeschlagen), zu Ungunsten der Informationsqualität.

Der CNE weist darauf hin, dass die Veröffentlichung eines Leitfadens zur Aufklärung über die Besonderheit der luxemburgischen Sprache in französischer und englischer Sprache verbreitet werden kann.

3. ALLGEMEINE ANMERKUNGEN IN BEZUG AUF DEN ENTWURF

- Der CNE möchte an der Erarbeitung des Plans beteiligt werden: Er möchte vollständig an der Erarbeitung des Plans beteiligt werden, insbesondere an Maßnahmen mit Auswirkungen auf Ausländer. Solche Maßnahmen begünstigen die Integration von Ausländern im Großherzogtum und ermöglichen ihnen ein besseres Erlernen der luxemburgischen Sprache.
- Vorherige Prüfung: Der CNE fordert eine vorherige Prüfung der Sprachenpolitik der Regierung in den vergangenen fünf Jahren vor dem Gesetzgebungsverfahren (Ermittlung der Kosten, bestehender Verwaltungsstrukturen und ihrer jeweiligen Arbeitskapazität in Synergie, Zuordnung der Ausgaben und Wirksamkeit dieser Sprachenpolitik). Zudem teilt der CNE die Position der Handwerkskammer zum Status der luxemburgischen Sprache, die demnach „überdacht, bewertet und definiert werden müsste, sowohl im Bildungsbereich als auch auf gesellschaftlicher Ebene“.
- Widerspruch / Realismus / Dreisprachigkeit: Der CNE weist auf den bestehenden Widerspruch in Bezug auf den Entwurf hin, das heißt die Begünstigung der Förderung der luxemburgischen Sprache gegenüber der Forderung nach Mehrsprachigkeit im Großherzogtum. Die Stellungnahmen der Handwerkskammer

³ Vorläufige Stellungnahme Nr.1/2018, 2018, Seite 7. Siehe hierzu im Anhang den vollständigen Auszug dieser Stellungnahme über „Die Förderung der französischen und englischen Sprache als Integrationssprache (oder eine realistische Integrationspolitik)“.

und der Handelskammer gehen auch in diese Richtung. Sie rufen den Gesetzgeber dazu auf, angesichts der Bedeutung der in Luxemburg lebenden und arbeitenden ausländischen Bevölkerung Realitätssinn zu zeigen.

So kann der Gesetzgeber der Frage der schulischen Segregation gegenüber nicht gleichgültig bleiben (die Stellungnahme der Handwerkskammer in dieser Frage sagt konkret aus, dass die derzeitige Situation nur als „unmoralisch“, „unverantwortlich“, „aus wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Perspektive gar dumm“ bezeichnet werden kann). Der Gesetzgeber kann auch nicht die Begriffe „Spaltung“ und „Ausschluss“ ignorieren (siehe Stellungnahme der Handwerkskammer), die aus einer „schlecht kalibrierten“ Sprachpolitik resultieren könnten.

Die Existenz des Sprachgesetzes von 1984 ermöglicht heutzutage den Gebrauch von drei Sprachen im Großherzogtum (Luxemburgisch, Deutsch und Französisch), eine faktische Situation, die es Ausländern ermöglicht, sich frei ausdrücken und leben zu können, da Luxemburg so als ein dreisprachiger Staat anerkannt ist, in dem die luxemburgische Sprache einen eigenen Platz hat (siehe Stellungnahme der Handelskammer). Diese Dreisprachigkeit ist ein „Garant der luxemburgischen Identität“ (Bericht der Sonderkommission vom 1. Juli 1983 in Bezug auf den Gesetzentwurf zur Sprachregelung). Der CNE schließt sich der Stellungnahme des Staatsrates an, in der „die Bedeutung der Mehrsprachigkeit, die eine einzigartige Stärke darstellt und die einem Land bescheidener Größe wie Luxemburg sowie seinen Bürgern unumstrittene Chancen bietet“ aufgegriffen wird.

- Klugheit des Gesetzgebers: Der CNE appelliert an die Klugheit des Gesetzgebers in Bezug auf die zu verfolgende Sprachenpolitik. Der CNE teilt die Position der Handelskammer, die den Gesetzgeber dazu aufruft, der luxemburgischen Sprache keine unverhältnismäßige Bedeutung zu verleihen und die demografische Situation und die Realitäten am Arbeitsmarkt zu berücksichtigen.

Luxemburg, 27.06.2018

Franco AVENA, Vorsitzender des CNE